

MEINHARD STARK

Die SED-Führung und die deutschen Opfer der »Säuberung« in der UdSSR

Meinhard Stark – Jg. 1955, Diplomlehrer für Geschichte, pädagogischer Mitarbeiter in Berlin (Ost). 1994 Promotion an der Humboldt-Universität Berlin mit dem Thema »Deutsche Frauen des GULag. Eine zeit- und lebensgeschichtliche Befragung« (wird z.Z. für den Druck vorbereitet). Forschungen und Veröffentlichungen sowie Rundfunkdokumentationen zu diesem Thema. Mitarbeiter an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

1 Für die organisatorische Festigung der Partei und für ihre Säuberung von feindlichen und entarteten Elementen. Beschluß des Parteivorstandes der SED vom 29. Juli 1948, in: Dokumente der SED, Band II, Berlin 1952, S. 83 ff.

2 Ebenda, S. 97.

3 Aus den von der SED-Führung 1950 dekretierten Verhaltensweisen für Parteimitglieder: »3. Wenn etwas geschieht, was du nicht verstehst, wenn du einen Fehler gemacht hast, ein schlechtes Gefühl über eine deiner Handlungen hast – gehe zur Partei. Sie hat für vieles Verständnis, wenn sie weiß, du bist ehrlich und verschweigst ihr nichts. 4. Der verdient nicht den Namen eines Genossen, der vor der Partei etwas verbirgt, ihr die

Der Umgang mit deutschen Opfern des Massenterrors in der Sowjetunion war maßgebend bestimmt von der kommunistischen Parteitraktion, Andersdenkende zu diffamieren und zu verfolgen, einer Tradition, die mit Hilfe der Parteischulung und auf ihr gründender »Parteierziehung« in die Mitgliedschaft hineingetragen wurde und diese dann weitgehend prägte.

Die politische Tradition

Mit der Mitte 1948 initiierten Entwicklung der SED zur »Partei neuen Typus« leitete die SED-Führung jene geschichtliche Periode ein, die wie keine andere von den sowjetischen Erfahrungen geprägt war. Ihre Politik basierte unverhüllt auf Inkriminierung und Verfolgung Andersdenkender, die, so ein Beschluß des Parteivorstandes vom 29. Juli 1948, der »Ausmerzung von schädlichen und feindlichen Elementen«¹ dienten. Im gleichen Jahr wurde die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) der SED etabliert, die sich mit den disziplinarischen Verstößen der SED-Mitglieder zu beschäftigten hatte und bald in allen Ländern bzw. Bezirken und Kreisen ein straff organisiertes Netz von Kommissionen hatte, deren Mitglieder aufgrund ihrer besonderen Parteitreu ausgewählt wurden.² Die gesamte Geschichte der SED und in besonderer Weise ihre frühen Jahre sind von der Stigmatisierung, Verfolgung, Verurteilung, ja Tötung wahrhaftiger oder mutmaßlicher Andersdenkender nicht zu trennen. Die Repressionen dienten der Machterhaltung der Parteidiktatur und einer sich konstituierenden Führungsschicht. Die Partei»säuberungen« waren, auch wenn sie unter den Gegebenheiten der Nachkriegszeit und der besonderen politischen Situation im geteilten Deutschland nicht die blutigen Ausmaße wie in der UdSSR erlangten, Mittel zum Ausschluß unbequemer Opponenten wie der Erziehung der gesamten Mitgliedschaft der SED.³ Andersdenkende wurden als Opportunisten und Revisionisten, Sozialdemokraten, Versöhner, Trotzkiten, Kosmopoliten, Kapitulant, Dogmatiker, Sektierer oder Agenten diffamiert, isoliert, aus der SED ausgeschlossen und zum Teil strafrechtlich verfolgt.

Zu den ersten Opfern der Sanktionen gehörten Sozialdemokraten. Von den im März 1946 in der SPD der SBZ organisierten und später der SED beigetretenen ca. 680 000 Mitgliedern wurden unter dem Vorwurf des Sozialdemokratismus viele Tausende verfolgt. Neben dem Sozialdemokratismus war, nicht erst seit den

Schauprozessen in Osteuropa, erneut der Trotzismus zum gefährlichsten Widersacher erklärt worden. Nach einem Protokoll des Sekretariats des ZK der SED vom 21. November 1949 wurden Vorfälle mit »trotzkistischen Gruppierungen« und »Schumacher-Agenten« in Leipzig zum Anlaß genommen, in der Presse gegen diese Stellung zu nehmen und sie einer permanenten Verfolgung auszusetzen.⁴ Die Schauprozesse gegen Rajk in Ungarn und Kostow in Bulgarien im September bzw. Dezember 1949 nahm die SED-Führung zum Anlaß für eine umfassende »Überprüfung« aller WestemigrantInnen, in deren Folge zahlreiche Personen aus der SED entfernt oder von ihrer Funktion entbunden wurden. Auf dem III. Parteitag der SED im Juli 1950 konstatierte W. Pieck: »In der Berichtsperiode führte unsere Partei den Kampf gegen die trotzkistische und titoistische Agentur des anglo-amerikanischen Imperialismus als Kampf gegen die ärgsten Feinde der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. ... Wir müssen jedoch sehen, daß im Kampf gegen die Trotzkisten und Titoisten bei uns keine genügende Aktivität entwickelt wurde, so daß die trotzkistische Agentur in unseren Reihen noch nicht vollständig aufgedeckt ist. ... Der Kampf für die Sauberkeit der Reihen unserer Partei und für die Vertreibung der maskierten Feinde der Arbeiterklasse aus unserer Partei ist eine unerläßliche Bedingung für unsere weitere Entwicklung zur Partei von neuem Typus.«⁵ Der Parteitag beschloß denn auch eine Überprüfung aller Mitglieder und Kandidaten der SED nach sowjetischem Vorbild. In deren Folge sind ca. 150.000 Mitglieder und Kandidaten aus der SED ausgeschlossen bzw. gestrichen worden.⁶ Diese Kampagne war mit einer politischen Propaganda verbunden, die sich gegen alle »Abweichler« in der Geschichte der KPD richtete und deren Protagonisten inkriminierte oder als nunmehr »bekehrte« Kommunisten präsentierte.⁷

Die Parteischulung

Neben der autoritären Parteidisziplin sah die SED-Führung in der politischen Schulung und Erziehung der Gesamtmitgliedschaft eine wesentliche Voraussetzung und Bedingung ihrer Politik.⁸ Daß sich Disziplin und politische Erziehung im Verständnis der Herrschenden gegenseitig bedingten und förderten, wurde in einem Beschluß des Vorstandes der SED vom 3. Juni 1950 evident, wo es hieß: »Es ist eine der entscheidenden Lehren des Rajk-Prozesses in Ungarn und des Kostow-Prozesses in Bulgarien wie auch der verstärkten Sabotage- und Schädlingarbeit der anglo-amerikanischen Kriegstreiber und ihrer Handlanger gegen die Deutsche Demokratische Republik, daß die ideologische Sorglosigkeit und die mangelhafte politische Wachsamkeit nur durch eine systematische ideologische Erziehungsarbeit der Mitglieder und Funktionäre überwunden werden kann.«⁹ Dementsprechend ist ein flächendeckendes und differenziertes Parteischulungssystem errichtet worden, an dem alle Mitglieder und Kandidaten der SED teilzunehmen hatten. Kritik- und bedingungslos wurden die stalinistischen Weltbilder und Erklärungsmuster sowie ihre historiographischen Legitimierungsschriften – deren Hauptwerke gerade in der Zeit des offenen Terrors in der UdSSR entstanden waren – über-

Aufklärung verweigert, die Auffindung der schwachen und faulen Stellen erschwert. 5. ... Es darf nichts »Unerklärliches« geben, das wir auf sich beruhen lassen, statt es zu untersuchen. 6. Dabei müssen wir berücksichtigen, daß sich der Feind in erster Linie auf schwankende, kleinbürgerliche Elemente konzentriert und sie auszunutzen versucht, auf Mitglieder, die schon einmal von der Parteilinie abgewichen sind oder parteifeindlichen Gruppen angehört haben, auf ehemalige Trotzkisten, Fraktionäre, rechte Opportunisten, linke Sektierer, besonders wenn sie längere Zeit in westlichen Ländern gelebt haben.« Das ZK der SED zur Verbindung von Funktionären der SED mit amerikanischen Agenten, in: Neues Deutschland, 1. September 1950, S. 5.

4 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, I 2/3/164. Zudem fanden sich in der Akte Denunziationen von SED-Mitgliedern gegenüber Paul Merker, Leo Bauer u.a. Ein Bericht wurde mit dem handschriftlichen Vermerk »Akte: Trotzkisten« versehen. Eine nachgetragene Notiz über die Sitzung der ZPKK vom 25.10.49 gibt Auskunft über die Geisteshaltung ihres Vorsitzenden Matern (seit 1941 in Moskau): »Lehren aus dem Kampf gegen feindliche Agenturen. ... Der Trotzismus – terroristische Gruppe zur Zersetzung des organisierten Vortrupps der Arbeiterklasse. Gekaufte – deklassierte Elemente – wurzellose Kleinbürger – Abschaum der untergehenden Welt.« In: SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, NL 76/154.

5 Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SED, 20. bis 24. Juli 1950, Berlin 1951, S. 81.

6 Otto Schön: Zum Ergebnis der Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten, in: Neues Deutschland, 7. Mai 1952, S. 2.

7 Exemplarisch dafür Erich Paterna: Lehren aus dem Kampf Ernst Thälmanns gegen parteifeindliche Gruppierungen. Unversöhnlichkeit gegen Opportunismus und Sektierertum – Voraussetzungen für die Entwicklung zur Partei neuen Typus, in: Neues Deutschland, 12. Januar 1951, S. 4, und Robert Siewert: Der Weg der KPO – von parteifeindlicher Gruppierung zum Verrat an der Arbeiterklasse, in: Neues Deutschland, 25. Januar 1951, S. 4.

8 Vgl. Ernst Richert: Agitation und Propaganda. Das System der publizistischen Massenführung in der Sowjetzone, in Zusammenarbeit mit Carola Stern und Peter Dietrich, Berlin/Frankfurt am Main 1958; Eckard Förtsch: Parteischulung als System der Kaderbildung in der SBZ (1946-1963), Dissertation, Erlangen-Nürnberg 1964.

9 Über die Verbesserung der Parteipropaganda. Beschluß des PV der SED vom 3. Juni 1950, in: Dokumente der SED: Band III, S. 46 f. Vgl. auch zahlreiche vorangegangene und nachfolgende Beschlüsse der SED-Führung zur Parteischulung, in: Dokumente der SED, Band II ff.

10 Wilhelm Pieck: Die welt-historische Bedeutung des Leninismus, in: Tägliche Rundschau, Berlin, 6. April 1949.

nommen und jeglicher politischer Schulung und Erziehung innerhalb der SED zugrundegelegt. Auf Dauer formierte sich so ein den Führern williges Funktionärskorps. Unter Stalins Losung »Der Leninismus ist der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution« verwarf die SED-Führung weitgehend die Erkenntnisse anderer Marxisten bzw. instrumentalisierte diese rein propagandistisch. So konnte es für W. Pieck im 20. Jahrhundert »keinen Marxismus mehr geben außer den Leninismus«. ¹⁰ Entsprechend kreisten alle Formen und Inhalte der Parteischulung vom Ende der vierziger bis Mitte der fünfziger Jahre um das Studium der Geschichte der KPdSU und der Biographie Stalins. »Im kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU sind alle grundlegenden Leitsätze der marxistisch-leninistischen Lehre dargelegt und die großen Erfahrungen der Kommunistischen Partei verallgemeinert«, hieß es noch in einem ZK-Bericht vom 6. Februar 1956. ¹¹ Die Schrift »Geschichte der KPdSU (B). Kurzer Lehrgang« war offiziell unter der Redaktion einer Kommission des Zentralkomitees der KPdSU (B) entstanden, deren Fassung vom ZK der KPdSU 1938 gebilligt wurde. Tatsächlich ist sie unter maßgeblichem Diktat Stalins redigiert worden. ¹² Unmittelbar nach Kriegsende ist die Schrift vom KPD-Verlag Neuer Weg erstmals in Deutschland aufgelegt worden. ¹³ Ganz im Stil und der Terminologie der dreißiger Jahre ist hier der Kampf der Bolschewiki gegen Andersdenkende und Abtrünnige innerhalb der russischen und sowjetischen Arbeiter- und Parteibewegung vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1938 beschrieben und ihre politische und physische Vernichtung legitimiert worden. Dabei spielten die Vorgänge der »Säuberung« eine zentrale Rolle. Seitenweise wird die Liquidierung der »Volksfeinde« begründet, etwa unter den Überschriften: Die Entartung der Bucharinleute zu politischen Doppelzünglern; Die Entartung der trotzkistischen Doppelzüngler zu einer weißgardistischen Bande von Mördern und Spionen usw. Auffallend sind die Begriffe, mit denen die Verurteilten der Schauprozesse immer wieder versehen wurden, etwa: erbärmliche Überreste der Bucharin- und Trotzkileute; jämmerliche, vom Leben losgerissene und bis ins Mark verfaulte Fraktionsgruppe; verruchte Verbrecher, Abschäum der Menschheit, elendes Gewürm, nutzloses Gerümpel, nichtswürdige Lakaien der Faschisten u.a. ¹⁴ Neben dem »Kurzen Lehrgang« war besonders die Schrift »J. Stalin. Kurze Lebensbeschreibung«, die ebenfalls nach 1945 in der SBZ verlegt wurde, Grundlage der Parteierziehung innerhalb der SED. Zentral erarbeitete Anleitungsmaterialien für Propagandisten des Parteilehrjahres gaben Themen und Inhalte vor. Eine 1950 von der Abteilung Propaganda der SED-Landesleitung Sachsen-Anhalt herausgegebene »Lektionsdisposition« stellte die Lektion VIII unter die Überschrift »Stalin, der Kampfgefährte Lenins im Kampf gegen Trotzkismus und andere parteifeindliche Elemente«. ¹⁵ Hauptinhalt der Unterweisung war ein Überblick über den Kampf der Bolschewiki gegen Sozialdemokratismus, Opportunismus und Trotzkismus. Im Abschnitt VII der Lektion wurde unter dem Titel »Der Trotzkismus – eine Clique ideenloser, prinzipienloser Karrieristen, Doppelzüngler, Mörder und Spione« nicht nur eine Rechtfertigung für deren

Verfolgung in den dreißiger Jahren gegeben, sondern die Notwendigkeit ihrer physischen Vernichtung begründet. Es heißt dort: »Trotzki, Bucharin, Sinowjew usw. schlossen sich zu einem Block von kriminellen Verschwörern, Spionen, Schädlingen, Mördern zusammen und nannten sich ›Block der Rechten und Trotzlisten‹. Sie organisierten planmäßige Spionagetätigkeit, Schädlingsakte, Terrorakte und Morde (Mord an Kirow 1934, Mord an Gorki, Mordversuch an Molotow, Stalin usw.). Trotzki entwickelte unter dem Schutz der Imperialisten vom Ausland her eine Kampagne antisowjetischer Hetze. ... Die Trotzlisten nahmen Verbindung zu den deutschen Faschisten auf und halfen ihnen, den Krieg vorzubereiten (5. Kolonne, Henlein, de Gaulle, Quisling usw.).«¹⁶ Die resümierende Schlußfolgerung also: Die erfolgreiche Verwirklichung des Stalinschen Kampfplanes habe dazu geführt, daß der Trotzismus in der Sowjetunion ausgerottet und sein Wesen vor der ganzen Welt entlarvt worden sei.

Die SED-Schulung war in den fünfziger Jahren ein Ort kollektiver und organisierter Indoktrination, in der ausschließlich die verordneten »Leitsätze des Leninismus« thematisiert werden durften. Biographische Belege geben davon besonders anschaulich Zeugnis. Carola Stern berichtet über einen Lehrer, der von der Parteihochschule der SED relegiert wurde, »weil er in einer Lektion Zitate von Trotzki und Bucharin benutzt hatte, um ihre ›partei-feindlichen Auffassungen‹ anschaulich zu machen.«¹⁷ Dem Versuch Valentin Sengers, die Behauptung eines Lehrers an einer Parteischule, nach der Stalin das größte Genie der bisherigen Menschheitsgeschichte schlechthin sei, in die Formulierung, Stalin sei das größte politische Genie unserer Epoche, zu modifizieren, begegnete die Parteiorganisation mit einem Parteiverfahren, das für Senger mit einer Rüge endete.¹⁸ Auch für den Intellektuellen Robert Havemann war bis zum XX. Parteitag der KPdSU Stalin der bedeutendste damals lebende Marxist: »Seine Worte«, resümierte er, »waren unwiderleglich. Ich konnte mich nur bemühen, ihn zu verstehen. Wenn es mir nicht gelang, lag es nicht an Stalin, sondern an mir. ... Damals war ich der Meinung, daß man einen guten Genossen daran erkennen kann, wie schnell er neue weise Einsichten der Partei verstehen und öffentlich für sie eintreten kann. Die schlechten, unsicheren Genossen andererseits waren daran zu erkennen, daß sie in unbescheidener Überheblichkeit Einwendungen machten und völlig abwegige Fragen stellten, die man am besten gar nicht beantwortete. Die schlechtesten Genossen aber, die schon mit einem Bein im Lager des Klassenfeindes standen, das waren jene Unglücklichen, die es wagten, Kritik an den führenden Genossen der Partei zu üben, gar Kritik an dem führenden Genossen.«¹⁹ Im Kontext der komplexen »Parteierziehung« der SED führte das System der politischen Schulung zu »Gewohnheitseffekten, Reflexen und Reaktionen«, so Eckard Förtsch, die es den »Parteimitgliedern und Funktionären ermöglichten, alle Erscheinungen automatisch in das kommunistische Alternativdenken einzuordnen.«²⁰

11 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, IV 2/5/247.

12 Vgl. Vorwort zu J. W. Stalin: Werke, Band 1, Berlin 1953, S. IX, wo von »Stalins Werk ›Geschichte der KPdSU (B), Kurzer Lehrgang‹« die Rede ist.

13 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang, Berlin 1945. Frühere Ausgaben in deutscher Sprache sind in Moskau verlegt worden.

14 Ebenda, S. 393 ff., 419 f.

15 Zur Vorbereitung des 71. Geburtstages des Genossen Stalin. Für Propagandisten. Lektionsdispositionen, hrsg. von der Abteilung Propaganda der Landesleitung SED Sachsen-Anhalt, Manuskript, Halle 1950. Weitere Schulungsliteratur, die die Säuberungen in der UdSSR legitimierte: J. Stalin: Fragen des Leninismus; J. W. Stalin: Werke, Band 1-13, Berlin 1953-1955; Wilhelm Pieck: Reden und Aufsätze, Band I-II, Berlin 1951; Michael Sayers/Albert E. Kahn: Die große Verschwörung, Berlin 1949; A. J. Wyschinski: Gerichtsreden, Berlin 1951. Die Schriften sind in Millionenauflagen verbreitet worden.

16 Lektionsdispositionen, a. a. O., S. 68 f.

17 E. Richert: Agitation und Propaganda, a. a. O., S. 313.

18 Valentin Senger: Kurzer Frühling. Erinnerungen, Hamburg/Zürich 1992, S. 223 ff.

19 Robert Havemann: Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde. Texte

eines Unbequemen, hrsg. von Dieter Hoffmann und Hubert Laitko, Berlin 1990, S. 192 ff.

20 E. Förtsch: Parteischulung..., a. a. O., S. 183 f.

21 M. Stark: Die Remigration aus der UdSSR 1945-1962, in: 1945. Jetzt wohin? Exil und Rückkehr, hrsg. Verein Aktives Museum, Berlin 1995, S. 250-260.

22 Hans Schafranek: Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazi-Deutschland 1937-1941, Frankfurt am Main 1990.

23 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, NL 36/640.

24 Bis 1952 erschienen u.a. Arthur Koestler: Darkness at Noon, London 1940; ders.: Sowjet-Mythos und Wirklichkeit, Hamburg 1947; Victor Kravchenko: Ich wählte die Freiheit. Das private und politische Leben eines Sowjetbeamten, Hamburg o.J.; Margarete Buber-Neumann: Als Gefangene bei Hitler und Stalin, München 1949; Elinor Lipper: Elf Jahre in sowjetischen Gefängnissen und Lagern, Zürich 1950; Fritz Löwenthal: Ihr Schicksal in der Sowjetunion. Deutsche Kommunisten als Opfer des NKWD, Berlin 1948; Rudolf Rocker: Der Leidensweg von Zensl Mühsam, Darmstadt 1949; J. Ernest Salter: Der Untergang deutscher Kommunisten in der UdSSR. Teil I bis VII, in: Die Neue Zeitung (Berliner Ausgabe), Nr. 117 ff., 21. Mai - 1. Juni 1950.

25 Nina Berberowa: Die Affäre Krawtschenko,

Zum Umgang mit den Opfern bis Mitte der fünfziger Jahre

Vor 1956 konnten nur einzelne langjährige GULag-Häftlinge, meist prominente Opfer wie Susanne Leonhard oder die Gebrüder Seydewitz, die UdSSR verlassen. Die SED-Führung hatte kein Interesse an den deutschen Überlebenden der blutigen »Säuberung« und betrieb eine überaus restriktive Remigrationspolitik.²¹ Bis Mitte der fünfziger Jahre befanden sich in der SBZ/DDR vornehmlich solche Opfer, die 1939/1940 nach Monaten aus der Untersuchungshaft des NKWD entlassen worden waren und als rehabilitiert galten, sowie Personen, die zwischen 1936 und 1941 von der sowjetischen Seite an Deutschland ausgeliefert wurden und dort nicht selten bis 1945 in KZ schmachteten.²² Obgleich es sich alles in allem um eine kleine Personengruppe handelte, reagierte die SED-Führung auf alle publizistischen und literarischen Versuche im Westen, das Schicksal von Opfern des Stalinschen Terrors zu thematisieren, äußerst sensibel und konsequent. Am 9. Juli 1947 sandte F. Dahlem ein Schreiben an W. Pieck mit der Aufschrift »Weitere Kampagne von seiten der Amerikaner gegen SU, Kommunisten, SED«; unter Punkt zwei konstatierte er: »Jetzt erfolgt ein weiterer Angriff im Zusammenhang mit den Verhaftungen ehemaliger kommunistischer Agenten in der Sowjetunion, die nach Deutschland ausgeliefert wurden. ... Es muß die Linie besprochen werden, wie wir diesen Angriffen begegnen.«²³ Ausgangspunkt war ein Vorabdruck aus den Erinnerungen von Margarete Buber-Neumann über ihre Erfahrungen mit dem GULag und im Nazi-KZ in der New Yorker »Volkszeitung« vom 29. März 1947. Zunächst hüllte man sich in Schweigen, auch gegenüber allen anderen Veröffentlichungen über deutsche Opfer des Stalinschen Terrors in westlichen Medien.²⁴ Die Erinnerungen von Viktor Krawtschenko »Ich wählte die Freiheit« führten in Paris zum sogenannten Krawtschenko-Prozeß, in dem erstmals die Verbrechen des Stalinschen Terrorapparates vor einem demokratischen Gericht verhandelt wurden.²⁵ Während dieser Prozeß in seiner Wirkung eher die sowjetische Administration tangierte, so war die Wirkung eines Prozesses um die Erinnerungen von Margarete Buber-Neumann, der 1951/1952 in der BRD stattfand, für die SED-Führung geradezu ein Alarmsignal.²⁶ Am 11. Januar 1951 beschloß das Sekretariat des ZK der SED, eine spezielle Kampagne gegen den Buber-Neumann-Prozeß zu führen.²⁷ Beide Prozesse machten deutlich, daß nicht nur die Autoren der publizierten Erinnerungen, sondern auch andere Opfer des GULag bzw. an Nazi-Deutschland ausgelieferte gewillt waren, öffentlich Zeugnis von ihren Schicksalen abzulegen. Auf den Prozeß von Margarete Buber-Neumann gegen Emil Carlebach reagierte in der Manier der dreißiger Jahre ein redaktioneller Beitrag des »Neuen Deutschland« vom 13. Januar 1951 so: Zeugen, wie beispielsweise Willi Pawera, die nach ihrer Verhaftung durch das NKWD an Nazi-Deutschland ausgeliefert wurden, diffamiierte er als »faschistische Agenten« und erklärte ihre Verhaftung in der UdSSR als rechtens; Margarete Buber-Neumann wurde als »abgegriffene und ausgelaugte trotzkistische Agentin der Nazis« verunglimpft, und es hieß, daß sie, »als sie 1940 die Sowjetunion verließ und sich nach Deutschland überstellen ließ, ... kei-

neswegs dazu gezwungen (war), sondern ... aus freien Stücken einen entsprechenden Revers unterschrieben« habe; als »zeitweise Lebensgefährtin des trotzkistischen Gestapo-Agenten Neumann« sei »es ihr in der Sowjetunion nach den großen Prozessen gegen die Bande trotzkistischer Spione, Diversanten und Mörder Ende der dreißiger Jahre ungemütlich geworden«.²⁸

Dieser Umgang mit der Vergangenheit mußte zumindest für die Gruppe von EmigrantInnen, die schon aus der Sowjetunion in die DDR übersiedeln konnten und die ohne oder mit weniger schweren Verfolgungen davon gekommen waren, darüber aber Bescheid wußten und sich insgeheim eine kritische Reflexion bewahrt hatten, eine ernste Warnung und möglicherweise ein Anlaß sein, ihre Erlebnisse im sowjetischen Exil neu zu bewerten, besser noch: zu verdrängen, die Vergangenheit zu versiegeln oder zu mystifizieren. Denn hier wurde unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß die zahllosen Verhaftungen und Verfolgungen in der UdSSR rechtens waren; die Auslieferungen an Nazi-Deutschland wurden wider besseres Wissen als »freiwillige Rückkehr« etikettiert.

In das Blickfeld der Kontrollorgane der SED traten in dieser Zeit besonders Frauen und Männer mit einem Schicksal, ähnlich dem von Margarete Buber-Neumann. Mehrere Betroffene, die an Deutschland ausgeliefert wurden, fielen diesen Organen nachweislich zum Opfer: Heinz Blume ist 1950 aus der SED ausgeschlossen worden, »weil er die Haft in der UdSSR und die Auslieferung verschwiegen hatte«²⁹; Adolf Holz wurde 1953 wegen Äußerungen, »die das Ansehen des Genossen Pieck und die Person des Genossen Stalin herabsetzen«, aus der SED verbannt³⁰; Gerhard Schneider, 1936 in der Sowjetunion verhaftet und 1938 an Deutschland ausgeliefert, hat ein sowjetisches Militärtribunal am 24. Dezember 1949 erneut zu Freiheitsentzug verurteilt³¹; Charlotte Müller schloß die ZPKK während der Parteiüberprüfung 1951 als »trotzkistisch-partei-feindliches Element« aus der SED aus, weil sie die Verhaftung ihres Mannes in der Sowjetunion als ungerechtfertigt betrachtete³²; desgleichen wurde Charlotte Grünberg »wegen anti-sowjetischer Einstellung im Zusammenhang mit ihrer Verhaftung und Ausweisung durch die Sowjetunion in den Jahren 1937/1938« aus der Partei ausgeschlossen³³.

Eine andere Art permanenter Stigmatisierung, Diffamierung und Disziplinierung von Ausgelieferten bzw. redseligen oder unbequemen RemigrantInnen war die Weigerung, sie als Verfolgte des Naziregimes anzuerkennen, wie es das Beispiel von Martha Kühne zeigt³⁴.

Im Frühjahr 1953 erlangte die Verfolgungsmanie der SED-Führung in Auswertung des Prozesses gegen Rudolf Slansky, Generalsekretär der Tschechoslowakischen KP und bekannter Sowjetemigrant, sowie einer sich in der UdSSR abzeichnenden Repressionswelle einen neuen Höhepunkt.³⁵ Diesmal sollte nicht nur zum wiederholten Mal die gesamte »Westmigration«, sondern m. E. auch die »Ostemigration« einer Säuberung unterworfen werden. Der Leitartikel des Juni-Hefts der »Einheit« von 1953, der sich auf die 13. Tagung des ZK vom Mai 1953 berief und unter der Überschrift »Die Partei wird stärker, wenn sie ihre Reihen säu-

Düsseldorf 1991; Boris Nossik: Der seltsame Prozeß oder ein Moskauer Überläufer in Paris, Berlin 1992.

26 Zu den Hintergründen des Prozesses vgl. Schafra- nek: Zwischen NKWD und Gestapo, a. a. O., S. 110 ff.

27 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, J IV 2/3/166.

28 Neues Deutschland, 13. Juni 1951.

29 In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR, hrsg. Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 1991, S. 39.

30 Ebenda, S. 101.

31 Ebenda, S. 206.

32 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, IV 2/4/461.

33 Ebenda.

34 Martha Kühne: Am 6. März 1888 in Leipzig geboren, Textilarbeiterin, KPD-Funktionärin, 1932/33 Abgeordnete des Sächsischen Landtages, lebte nach 1945 in Leipzig.

35 Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky. Beschluß des ZK der SED vom 20. Dezember 1952, in: Dokumenten der SED, Band IV, S. 199 ff.

bert!« erneut in eindringlicher Weise die Erfahrungen Stalins beschwor, verteidigte die »rechtzeitig erfolgte Liquidierung der Agentengruppen« in der Sowjetunion als »eine wichtige Voraussetzung für den grandiosen Sieg der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg«; der Artikel verwies darauf, daß auch im Exil in der Sowjetunion Agenten tätig gewesen seien, und behauptete: »Auch dort war es ihnen (den »feindlichen Agenturen« – M. S.) gelungen, über ihre trotzkistisch-bucharinsche Agentur in die revolutionäre Bewegung einzudringen. So hatten sie solche Verräter wie Remmele, Neumann, Schubert, Schulte und andere gewonnen. Aber mit der Zerschlagung der trotzkistischen und bucharinschen Agentur wurden auch die Verrätergruppen in den anderen kommunistischen Parteien zerschlagen und die Reihen der kommunistischen Emigration weitgehend gesäubert.«³⁶ Die sich im Zuge des Slansky-Beschlusses anbahnende Überprüfung der »Ostemigration« wird dadurch erhärtet, daß am 11. Februar 1953 die Akte des KPD-Archivs, die die Parteiausschlüsse während der Säuberung 1936/38 zum Inhalt hatte, aus dem Büro Pieck an die ZK-Abteilung Leitende Organe überwechselte. In dem Begleitschreiben hieß es: »Im Auftrag des Genossen Wilhelm Pieck überreichen wir Dir Materialien über Parteiausschlüsse...«; auf einem nachfolgenden Blatt war eine Numerierung der Ausschlußgründe aufgeführt.³⁷ Die Zusammenstellung der Ausschlußlisten konnte ebenso wie die Qualifizierung der angeblichen Vergehen gegen die Partei m.E. nur dazu dienen, Nachforschungen über das deutsche Exil in der UdSSR unter dem Paradigma des Slansky-Beschlusses zu beginnen. Die Untersuchungen hätten gerade solche SED-Funktionäre aus dem sowjetischen Exil zu fürchten gehabt, die in der Vergangenheit in die Nähe mutmaßlicher Verräter und Agenten geraten waren. Der Arbeiterprotest des 17. Juni 1953 verhinderte schließlich die großangelegte Parteiuntersuchung und rettete vielleicht damit manchem eine makellose Parteikarriere.

Die SED-Führung und die Opfer – nach dem XX. Parteitag der KPdSU von 1956

Der XX. Parteitag der KPdSU bildete für die SED und besonders für deren Führung eine der größten politischen Erschütterungen zwischen dem 17. Juni 1953 und dem Prager Frühling von 1968. Die Parteiführung reagierte auf die Diskussionen, vor allem unter Intellektuellen, mit taktierenden und inhaltlichen Debatten. Sie beendete diese schließlich mit der exemplarischen Verurteilung von Harich, Janka, Schirdewan und anderen Kritikern 1957/58. Selbst die in der DDR stark abgeschwächte Stalinkritik des XX. Parteitages (die Geheimrede Chruschtschows war in der DDR praktisch nur über westliche Medien zugänglich) traf die Masse der SED-Mitglieder völlig überraschend und fand in breiten Teilen der an Stalin politisch sozialisierten Kader keine Akzeptanz. Die anfangs diffusen Reaktionen der SED-Führung auf den XX. Parteitag führten in den folgenden Monaten zu einer für die SED unbekannt breiten und kontroversen Debatte, die Stalins »Verdienste und Fehler« thematisierte und zunehmend die Entwicklung der DDR, der SED und ihrer Führer einbezog. Zudem verwiesen

36 Einheit, Berlin, 8. Jg., H. 6, Juni 1953, S. 761 ff.

37 Solche waren: »1. trotzkistisch-sinowjewistische und andere konterrevolutionäre Verbrechen gegen die Arbeiterklasse (im Zusammenhang mit Verhaftung), Parteiverrat; 2. Verbindung mit partei- und klassenfeindlichen Elementen und Begünstigung ihrer Verbrechen infolge mangelnder politischer Wachsamkeit, politische Zersetzungsarbeit; 3. parteischädigendes Verhalten; 4. politische Unzuverlässigkeit; 5. Korruption.« In: SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, IV 2/3/82.

SED-Mitglieder auf offene Fragen der Geschichte der kommunistischen Bewegung, insbesondere der SED, der KPdSU und des deutschen Exils in der Sowjetunion.

Die SED-Bezirksleitung Erfurt brachte beispielsweise dem Politbüro der SED im April 1956 eine ganze Reihe derartiger Fragen ihrer Parteimitglieder zur Kenntnis, so etwa: In den Jahren 1930-1940 habe es in der SU Korruptionserscheinungen gegeben; es seien viele Menschen ausgewiesen worden; die Reaktion habe zu jener Zeit geschrieben, Stalin entferne seine engsten Mitarbeiter – hatte sie damals rechtgehabt? Starb Max Hoelz eines natürlichen Todes? Warum traten das ZK und die alten Bolschewiki nicht gegen die Verletzung der Parteiprinzipien und die Terrorakte auf? Wenn Berija als Agent bezeichnet werde und als solcher überführt und abgeurteilt wurde, Stalin aber von seinen Schandtaten wußte und Berijas Terrorakte guthieß, ist er dann nicht ebenfalls als Agent des Imperialismus und als Feind der sozialistischen Arbeiterbewegung anzusehen?³⁸ In anderen Berichten hieß es: Ein Genosse, der in der Emigration in der UdSSR war, fragte: »Was wird aus den Genossen, die dort in der Emigration waren und heute nicht mehr sind?«³⁹ Auch auf Piecks und Ulbrichts Rolle während dieser Zeit gingen SED-Mitglieder ein: »Ulbricht und Pieck haben ihre Köpfe nur durch Verrat von deutschen Genossen an den sowjetischen Geheimdienst retten können« und »Walter Ulbricht war doch selbst in der Emigration in der Sowjetunion, warum hat er damals Stalin nicht kritisiert, wenn es schon die anderen nicht getan haben?«⁴⁰

Diese unbequemen Fragen, vor allem aber die beginnende Entstalinisierung in der UdSSR, zwangen die SED-Führer, von ihrer Zweckbehauptung der »zurecht Verurteilten« intern abzugehen und sich gegenüber den Verfolgten neu zu positionieren. Nicht unbedeutend forciert wurde dieser Prozeß, als die Ausreisebedingungen aus der UdSSR liberalisiert wurden, und die Rückkehr derjenigen deutschen Emigranten einsetzte, die viele Jahre in Lagern und Verbannung hatten verbringen müssen. Allein in den Jahren 1954 bis 1957 remigrierten annähernd 400 Personen, Familienangehörige nicht mitgezählt.⁴¹

Im Umgang mit den Opfern verfolgte die SED-Führung von Anfang an eine Konzeption, die die biographischen Realitäten der Opfer und die wahre Rolle der Moskauer KPD-Führung in den dreißiger Jahren gleichermaßen versiegeln sollte. Die Rückkehrenden sollten innerhalb der SED-Strukturen aufgefangen, ihre Loyalität gegenüber »der Partei« aktiviert und somit effektiv kontrolliert werden. Die SED-Führung beauftragte damit die ZPKK, die sich bereits seit September 1955 vereinzelt dieser »Fälle« angenommen hatte.⁴² Das Verhalten aller Rückkehrenden im sowjetischen Exil wurde einer Prüfung durch die höchste Kontrollinstanz der SED unterzogen, und die Opfer von einst hatten gegenüber »der Partei« erneut Rechenschaft abzulegen.

Auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU sorgte die SED-Führung konsequent dafür, das Problem der deutschen Opfer des Stalinschen Terrors aus der Öffentlichkeit fernzuhalten. Offiziell wurde die Parteimitgliedschaft von der 3. Parteikonferenz darüber

38 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, IV 2/5/335.

39 Ebenda.

40 Ebenda.

41 Vgl. SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, 2/11/188; Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bestand MfAA, Berlin B 3435 und C 520/76.

42 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, IV 2/4/455.

43 Walter Ulbricht: Der zweite Fünfjahrplan und der Aufbau des Sozialismus in der DDR. Referat des Ersten Sekretärs des ZK auf der 3. Parteikonferenz der SED, Berlin, 24. bis 30. März 1956, Berlin 1956, S. 185.

44 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, J IV 2/2/473.

45 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, IV 2/1/81.

46 Vgl. Über die Arbeit der SED nach dem XX. Parteitag der KPdSU und die bisherige Durchführung der Beschlüsse der 3. Parteikonferenz. 28. Tagung des ZK der SED vom 27. bis 29. Juli 1956. Bericht des Politbüros, gegeben vom Ersten Sekretär des ZK, Genossen Walter Ulbricht. Beschluß, Berlin 1956.

informiert, daß das ZK beschlossen habe, »zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern, die bestraft wurden, sowie von ehemaligen Parteimitgliedern eine Kommission einzusetzen.«⁴³ Diese Kommission, die unter der Leitung Ulbrichts (!) stand, tagte erstmals am 19. April 1956. Im fünften Tagesordnungspunkt beschäftigte sich das Gremium mit »Angelegenheiten von KPD-Mitgliedern, die in der Sowjetunion verhaftet waren«, und es beschloß, über deren Rehabilitierung auf dem Wege der Einzelprüfung zu entscheiden.⁴⁴

Nachdem bis 1956 das Schicksal von Leidtragenden wie im Falle von Willi Pawera und Margarete Buber-Neumann als Hetze des Klassenfeindes diffamiert, renitente Opfer erneuter Verfolgung ausgesetzt und die Stalinsche Ideologie und Praxis gegenüber Andersdenkenden von der SED kontinuierlich fortgeschrieben wurden, war deren Führung nunmehr genötigt, ihre Politik gegenüber den Opfern zu modifizieren. Die neue Linie verkündete Ulbricht auf der 28. ZK-Tagung (27.-29. Juli 1956). In seinem Bericht hieß es dazu: »Die Kommission hat dem Politbüro vorgeschlagen, die ZPKK zu beauftragen, die Rehabilitierung von Genossen, die in der Sowjetunion verhaftet waren, auch wenn sie nicht mehr am Leben sein sollten, zu prüfen und zu entscheiden. Diese Maßnahme, die von besonderer Bedeutung ist, ergibt sich aus den Feststellungen des ZK der KPdSU über die verbrecherischen Umtriebe der Berija-Bande in der Sowjetunion. Bereits vor dem XX. Parteitag wurde begonnen, aus der Sowjetunion zurückkehrende ehemalige Mitglieder der KPD, die unschuldig in Prozesse verwickelt, respektive administrativ behandelt waren, voll zu rehabilitieren und ihre Mitgliedschaft in der Partei wiederherzustellen. Es ist eine selbstverständliche Pflicht, die Ehre der inzwischen verstorbenen und nicht zurückgekehrten Funktionäre und Parteimitglieder der KPD, die ebenfalls in solche Prozesse verwickelt waren, wiederherzustellen. ... Gegenüber den Genossen, die die Partei rehabilitiert hat, ist ein genossenschaftliches Verhalten an den Tag zu legen, ohne jede Voreingenommenheit.«⁴⁵ Das ist (nach meinem Überblick) die einzige offizielle Stellungnahme der SED-Führung, in der das Schicksal der deutschen Verhafteten im sowjetischen Exil in die Nähe eines – freilich vernebelten – Unrechts gerückt wurde. Schon in diesem kurzen Text legte Ulbricht die wesentlichen Züge des später praktizierten Umgangs mit den Opfern dar: Das offizielle Verschweigen der »Säuberung« sollte fortgesetzt werden. Das kam schon darin zum Ausdruck, daß selbst diese wenigen Zeilen nur für die Ohren der Mitglieder des ZK der SED bestimmt waren und in der später veröffentlichten Tagungsbroschüre fehlten.⁴⁶ Unter Rehabilitierung verstand die SED-Führung die Prüfung jedes einzelnen und die endgültige Entscheidung über die Parteimitgliedschaft durch die ZPKK, mehr nicht! Und das bezeichnete Ulbricht als »Maßnahme von besonderer Bedeutung«. Mit keinem Wort ging Ulbricht auf den bisherigen Umgang mit den Opfern ein: weder mit der Stalinkritik des XX. Parteitages, noch mit seinem authentischen Wissen als Zeitzeuge des Geschehens, er griff lediglich auf »Feststellungen des ZK der KPdSU über die verbrecherischen Umtriebe der Berija-

Bande« zurück. Allerdings stammten diese bereits aus dem Jahre 1953.⁴⁷ Seinerzeit waren sie für Ulbricht und die anderen Führer kein Anlaß gewesen, ihr Verhältnis zu den Opfern in irgendeiner Weise zu korrigieren. Auch danach blieben sie für die SED Unpersonen. Der Rückgriff auf die Berija-Version, um die Massenverfolgungen der dreißiger Jahre zu erklären, war eine entschiedene Absage Ulbrichts an die Stalinkritik Chruschtschows, der ja in seiner Geheimrede 1956 Stalin als Initiator des Terrors benannt hatte. Die tatsächlichen Verbrechen bagatellierte und verfälschte Ulbricht selbst im Führungszirkel der SED mit solchen Formulierungen wie »unschuldig in Prozesse verwickelt« oder »administrativ behandelt« – danach mußte es auch Personen gegeben haben, die schuldhaft in Prozesse verwickelt waren. Diese Terminologie zerstreute kaum das Mißtrauen gegenüber den Verfeimten und suggerierte dem Uneingeweihten, es würde sich lediglich um einzelne Fälle, um nur wenige betroffene Menschen handeln. Zudem war nur die Rede von KPD-Mitgliedern, nicht von Unorganisierten, die es unter den Opfern ebenfalls nicht wenige gab. Das Ausmaß der Verfolgung deutscher EmigrantInnen bzw. SpezialistInnen war Ulbricht und Pieck allemal bekannt.

In Umkehrung bisheriger Praxis sprach Ulbricht nunmehr von der selbstverständlichen Pflicht, die Ehre der inzwischen verstorbenen und nicht zurückgekehrten Funktionäre und Parteimitglieder wiederherzustellen. Gemeint war keineswegs die öffentliche Erörterung der biographischen und zeitgeschichtlichen Erfahrungen der Opfer – wie es zeitweilig in der UdSSR geschah –, sondern einzig die Wiederherstellung der Parteimitgliedschaft, und das in einem parteiinternen Ritual der höchsten Geheimhaltungsstufe. Zur Verantwortung der damaligen KPD-Führung in Moskau und den eigenen biographischen Verstrickungen äußerte sich Ulbricht auch vor dem ZK der SED nicht, Worte der Trauer und Anteilnahme kamen nicht über seine Lippen. Wohl wissend, wie weit die »Parteierziehung« in der SED bis Mitte der fünfziger Jahre gediehen war, versagte Ulbricht vorsorglich den Kadern jede Voreingenommenheit gegenüber den Rehabilitierten und ordnete ein genossenschaftliches Verhalten – was immer das heißen mochte – an. Für den kleinen Kreis derjenigen SED-Funktionäre, die diese Worte Ulbrichts hörten oder lasen, zuvor aber politisch mit dem »Kurzen Lehrgang« geschult worden waren und meist wenig Interesse an dieser unbequemen Wahrheit hatten, waren diese dürftigen Zeilen wohl kaum Anlaß, ihr bisheriges Stalin-Bild zu verwerfen oder gar systemkritische Gedanken zu entwickeln, wenn überhaupt den Zuhörern dieser Passus im seitenlangen ZK-Bericht besonders aufgefallen war, kamen doch im Abschnitt über Kaderfragen die viel brisanteren Angelegenheiten der unmittelbaren Zeitgeschichte zur Sprache.⁴⁸

Schon auf der 30. ZK-Tagung Anfang 1957 verteidigte Ulbricht erneut die Notwendigkeit der damaligen Verhaftungen in der Sowjetunion als »Sicherungsmaßnahmen im Innern und nach außen«.⁴⁹ Dieses aus den dreißiger Jahren übernommene Erklärungsmuster wurde von großen Teilen der Parteimitgliedschaft und mehr noch des Funktionärskorps als plausibles Argument verinner-

47 Vgl. Untersuchung gegen Verrätergruppe Berija abgeschlossen, in: Neues Deutschland, 18. Dezember 1953; Verräter Berija und Komplizen zum Tode verurteilt und hingerichtet, in: Neues Deutschland, 25. Dezember 1953. Danach waren es ausschließlich Berija und seine Komplizen (Ende 1953 als »Agenten des ausländischen Kapitals« hingerichtet), die mittels »Terrormethoden mit Personen abrechneten« und »eine Reihe schwerster Verbrechen begingen, um ehrliche, der Sache der Kommunistischen Partei und der Sowjetmacht ergebene Kader auszurotten«. Das entsprach genau dem stalinistischen Topos des XVIII. Parteitages der KPdSU von 1939.

48 Es ging dabei um die Aufhebung eines Teils früher verhängter Parteistrafen und Parteiausschlüsse (F. Dahlem, A. Ackermann, J. Walcher u.a.), die Aufhebung und Korrektur von Urteilen bzw. um Haftentlassungen von als »Agenten« verurteilten SED-Mitgliedern. Vgl. Mitteilung des Presseamtes beim Ministerrat und Alles für die Festigung der demokratischen Gesetzlichkeit, in: Neues Deutschland, 21. Juni 1956.

49 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, NL 182/517. In Abgrenzung zu Chruschtschows Geheimrede postulierte Ulbricht außerdem, daß »die damalige Politik des Zentralkomitees der KPdSU und die geschichtliche Rolle des Genossen Stalin ... noch einer zusammenhängenden geschichtlichen Würdigung« bedürften. Die »marxistischen Arbeiten des Genossen Stalin« sollten auch weiterhin

geachtet und aus ihnen gelernt werden, wenn auch »bestimmte Vereinfachungen und theoretisch falsche Anschauungen« korrigiert werden sollten.

50 Ebenda.

51 Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitag der SED, 15. bis 21. Januar 1963, Berlin 1963, S. 237. Vgl. auch Hermann Weber: Ulbricht als »Stalin-Gegner«. Eine groteske Legende, in: Aufbau und Fall einer Diktatur. Kritische Beiträge zur Geschichte der DDR, Köln 1991, S. 59 ff. (Zuerst erschienen in: »Dritter Weg«. Diskussionsforum für modernen Sozialismus, 5. Jg., 1963, Nr. 2/3.)

52 Zu biographischen Erfahrungen vgl. in: Wenn Du willst Deine Ruhe haben, schweige. Deutsche Frauenbiographien des Stalinismus, hrsg. von Meinhard Stark, Essen 1991.

licht und bewahrt. Ulbricht konstatierte zwar, »Genosse Stalin hätte »in einer bestimmten Zeit die Sowjetgesetze verletzt«, stellte aber unmißverständlich klar, daß »wir als Deutsche ... nicht das geringste Recht (haben), eine Diskussion über Fehler zu führen, die in der Sowjetunion geschehen sind in der Zeit, wo die Sowjetunion vom faschistischen Deutschland bedroht wurde.«⁵⁰ Eine öffentliche Thematisierung der Schicksale deutscher EmigrantInnen und SpezialistInnen sowie deren Angehöriger hat die Parteiführung unter Ulbricht auch in der Folgezeit verhindert. Mehr noch, wenn diese Zeit zur Sprache kam, wurde das Geschehene Unrecht bagatellisiert, als historisch erklärlich und notwendig beschrieben. Ja, Ulbricht stilisierte sich im nachhinein selbst zum Opfer, gar zum Kämpfer gegen den Stalinschen Terror, wie er es auf dem VI. Parteitag der SED (15.-21. Januar 1963) tat. Als Replik auf den XXII. Parteitag der KPdSU führte Ulbricht hier öffentlich aus: »Auch wir, die Mitglieder und die Führung der KPD, haben unter dem Stalinschen Personenkult und seinen Terrormethoden gelitten. Und wenn es einige Leute genau wissen wollen: Unser Politbüro hat sich gegen die Stalinschen Methoden gewandt und fand dabei Verständnis und Unterstützung bei sowjetischen Genossen und beim Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, Genossen Georgi Dimitroff. ... Es war eine große Leistung, daß es gelang, auch unter den schweren Bedingungen des Hitlerkrieges und dazu noch der schädlichen Methoden Stalins die Kollektivität des Politbüros und die Einheit der Parteiführung außerhalb und innerhalb des Landes zu sichern. (Lebhafter Beifall).«⁵¹ Der Mißbrauch der Leiden ermordeter und überlebender GULag-Häftlinge für die Abrechnung mit dem »Stalinschen Personenkult« und die Verlogenheit des angeblichen Widerstandes der Moskauer KPD-Führung gegen Stalin machen die Skrupellosigkeit der SED-Führung deutlich. Ihr tatsächlicher Umgang mit allen Opfern stalinistischen Terrors blieb bis zum Schluß, bestärkt durch den Sturz Chruschtschows 1964, verachtend und restriktiv.

Die wenigen hundert Überlebenden verlebten nach ihrer Übersiedlung in die DDR zwar materiell gesehen ihre besten Jahre. Sie trafen Mitte der fünfziger Jahre jedoch auf eine Parteimitgliedschaft, die an Stalin, dem »Kurzen Lehrgang« und der »Partei neuen Typus« politisch sozialisiert war. Auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU hatten die ehemaligen GULag-Häftlinge eher mit Argwohn und Mißtrauen, ja Feindseligkeit, als mit Nachdenklichkeit, Verständnis und Trauer über ihre erlebte Vergangenheit zu rechnen. Die RemigrantInnen trafen auf eine Einheitspartei, die weniger Erinnerungen an die alten deutschen Arbeiterparteien weckte als vielmehr an das bürokratische und restriktive Machtgebaren der KPdSU und ihrer Führung. Die Opfer stießen auf Funktionäre und Parteimitglieder, die kaum Wissen und noch weniger Verständnis für ihre Biographien haben konnten und wollten und die gewohnt waren, sich im Kampf gegen »Abweichungen« aller Art an den Erfahrungen der KPdSU zu orientieren.⁵² Die Männer und Frauen trafen überwiegend auf Funktionäre und Parteimitglieder, die mit den gleichen Mechanismen »gesäubert« wurden (oder auch »säuberten«), wie sie selbst einst im sowjetischen

Exil. Sie trafen auf eine Partei, die eine wahrhaftige Erörterung ihrer eigenen Geschichte verbot, diffamierte und verfolgte und statt dessen ein mystifiziertes Geschichtsbild konstruierte. In dieser Partei trafen sie auf ehemalige Bekannte und Freunde aus der Zeit des sowjetischen Exils, die wohl zumeist ihre Erinnerungen neu interpretiert und dem vorgegebenen Sowjetideal untergeordnet hatten. Sie trafen zudem auf Parteibürokraten und ehemalige Ostexilanten, für die sie nach wie vor Schuldige vor der Partei waren. Schließlich trafen die Verfolgten auf eine Parteiführung, die gewillt war, jegliche Diskreditierung ihrer offiziellen Geschichtsinterpretation zu verhindern und Übertritte zu ahnden. In der Öffentlichkeit der DDR blieb das Thema der Inhaftierung und Erschießung von deutschen EmigrantInnen bzw. SpezialistInnen in der UdSSR auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU unerwähnt. Offiziell war das Thema bis zum Schluß 1989 tabu.⁵³

53 Vgl. exemplarisch Gertraud Teschner: Zum 100. Geburtstag J. W. Stalins, in: Neues Deutschland, 21. Dezember 1979, S. 6; Hanna Wolf/Wolfgang Schneider: Zur Geschichte der Komintern, in: Neues Deutschland, 6./7. Mai 1989.